

# Casinobranche: Nächste Monate werden entscheidend

Die Regierung will das Geldspielgesetz anpassen. Die Casinos hoffen auf ein Entgegenkommen bei der Abgabe.

**Daniela Fritz**

Die Branche ist spürbar nervös. Seit dem Austausch der Sperrlisten mit der Schweiz ist die Situation für Casinos mehr als herausfordernd und die Umsatzeinbussen sind drastisch. Der Bruttospielertrag (BSE) sank im ersten Halbjahr um durchschnittlich 58 Prozent. Liechtensteins älteste Spielbank, das Casino Admiral in Ruggell, hat nach einem BSE-Einbruch von 63 Prozent die Konsequenz gezogen und seine Pforten Ende September für immer geschlossen. Daran ändern auch die kürzlich erfolgten Lockerungen der Spielbankenverordnung und die geplante Revision des Geldspielgesetzes nichts. Der ehemalige Geschäftsführer möchte sich nicht mehr äussern.

Aber auch die verbleibenden Betreiber sind zurückhaltend. Weder das Grand Casino in Barenden, dessen BSE um 67 Prozent zurückging, noch die Club Admiral AG in Triesen (-47 Prozent) kommentieren die kürzlich er-

folgten Anpassungen der Regierung. Die Begeisterung dürfte sich in Grenzen halten, wenn man sich bei den Mitbewerbern umhört.

Gleichzeitig will man es sich wohl mit der neuen Regierung nicht verscherzen. Der Austausch habe sich seither verbessert, findet Reinhard Fischer, Geschäftsführer des Alpin Royal in Schaan. «Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, an dem man uns mehr einbeziehen sollte», meint er mit Blick auf den Markt. Die Phase bis zum Ende des ersten Quartals 2026 sei entscheidend für die weitere Entwicklung.

## Casinos fordern wieder mehr Rechtssicherheit

Die bisherigen Anpassungen betitelt Fischer als «nett». Der grosse Wurf ist demnach nicht dabei. Was aus Sicht der Casinos nötig wäre, weiss die Regierung jedenfalls. Die Vertreter der Spielbanken haben Wirtschaftsminister Hubert Büchel einen Katalog von möglichen Massnahmen vorgeschla-

gen. Über den Inhalt der Forderungen hält sich die Branche jedoch bedeckt. Fischer kritisiert, dass die Casinos in der Schweiz bessere Rahmenbedingungen haben: Sie dürfen beispielsweise auch Online-Spiele anbieten und müssen ein geringeres Verhältnis von Tischen und Automaten einhalten. Fischer hofft zudem auf eine Änderung der Geldspielabgabe. Diese sei derzeit so ausgestaltet, dass sie kleinere Spielbanken stärker belastet als grössere. «Es gibt im Hinblick auf den Bruttospielertrag aber keine grossen Casinos mehr im Land. Darauf muss man reagieren», findet Fischer.

«Wenn die Regierung dem eindeutigen Volksentscheid der Casino-Abstimmung von 2023 Nachachtung verschaffen und nicht die ganze Branche ruinieren will, werden die jetzigen Änderungen mit Sicherheit nicht ausreichen», meint auch Martin Frommelt, Sprecher des Casinos in Schaanwald. Er verweist auf das Geldspielgesetz. Demnach sollte die Abgabe so gestaltet wer-

den, «dass die Anbieter von Geldspielen im internationalen Wettbewerb bestehen und eine angemessene Rendite auf dem investierten Kapital erzielen können». Nachdem bereits mehr als die Hälfte aller Spielbanken schliessen musste und weitere Schliessungen drohen, könne man aus Frommelts Sicht kaum von einer «angemessenen Rendite» sprechen. Die Regierung müsse sich nicht nur an die gesetzlichen Vorgaben halten. «Sie hat insbesondere auch dafür Sorge zu tragen, dass der Wirtschaftsstandort keinen nachhaltigen Schaden nimmt, wenn man in Liechtenstein nicht mehr auf die so elementaren Grundsätze wie Rechts- und Planungssicherheit vertrauen kann», so Frommelt.

Mehr Rechtssicherheit fordert auch Reinhard Fischer, der seit 2017 in diversen Funktionen in liechtensteinischen Casinos tätig ist. Seither habe die Branche einiges an Verschlechterungen erfahren: «Der liechtensteinische Markt ist nicht mehr attraktiv.»